

Hello, Goodbye

Ist das Trennungsdrama zwischen Großbritannien und der EU am 29. März 2019 endlich vorbei? Weit gefehlt. Bis dahin und auch lange danach droht den Briten ein höchst brisanter Eventkalender. Der Countdown zum Austritt sowie ein Vorabdruck aus dem Buch „Echte Engländer – Britannien und der Brexit“. VON TESSA SZYSZKOWITZ

You say „Yes“, I say „No“.

You say „Stop“ and I say „Go, go, go“.

Oh no.

You say „Goodbye“ and I say „Hello, hello, hello“.

I don't know why you say „Goodbye“, I say „Hello, hello, hello“.

(aus dem Beatles-Song „Hello Goodbye“)

30. September 2018 – PARTEITAG DER TORIES

27 Monate nach dem EU-Referendum vom 23. Juni 2016, bei dem knapp 52 Prozent der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union stimmten, und sieben Monate vor dem Austrittsdatum, dem 29. März 2019, sollten Großbritannien und die EU die Verhandlungen über einen Scheidungsvertrag schon fast abgeschlossen haben. Das ist jedoch nicht der Fall. In Wahrheit sind alle wichtigen Fragen noch ungeklärt. Bleibt Großbritannien im Binnenmarkt und in der Zollunion der EU oder verabschiedet es sich gänzlich, und was passiert dann an der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und dem britischen Nordirland?

In England glauben viele, die anhaltende Ungewissheit liege an der Verhandlungstaktik der EU, die das Vereinigte Königreich für den Austritt bestrafen wolle. Der Hauptgrund ist jedoch, dass die regierende Tory-Partei noch immer nicht zu einer gemeinsamen Position in der Frage gekommen ist, welchen Brexit sie überhaupt wünscht: hart oder weich, irgendwas dazwischen oder gar kein Deal? Theresa May hat zwar im Juli ihr Kabinett auf einen sogenannten sanften Brexit-Deal eingeschworen, worauf mehrere Minister zurücktraten, darunter Außenminister Boris Johnson. Auf dem Parteitag der Konservativen in Birmingham am 30. September droht der Premierministerin deshalb eine Revolte der Hardliner. Stürzt Johnson Theresa May, ist der Zeitplan des EU-Austritts nicht mehr einzuhalten. Tut er es nicht, wird sie dafür vermutlich Zugeständnisse an den harten Flügel der Partei machen müssen – und der EU einen sanften Brexit verweigern.

18. Oktober 2018 – EU-GIPFEL IN BRÜSSEL

Ein Durchbruch bei den Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien knapp zwei Wochen nach dem Tory-Parteitag erscheint also unrealistisch. Beide Seiten richten sich schon auf einen Extrapfeil im November sein. Es gibt noch einen zweiten Nottermin: das Treffen des Europäischen Rates in Brüssel

am 13. Dezember 2018. Spätestens dann muss der Scheidungsvertrag stehen, damit er vom britischen Parlament ratifiziert werden kann und auch noch Zeit bleibt, das Abkommen auf EU-Seite abzusegnen. Mindestens 20 der 27 verbleibenden EU-Chefs müssen dem Scheidungsvertrag zustimmen. Auch das Plenum des EU-Parlaments muss das Abkommen absegnen. Sollten EU-Abgeordnete den Deal für juristisch fragwürdig halten, könnten sie ihn vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Auch das würde den Brexit-Zeitplan über den Haufen werfen.

November 2018 bis Jänner 2019 – SHOWDOWN IN WESTMINSTER

Eine der höchsten Hürden wird die Abstimmung über den Scheidungsvertrag im britischen Unterhaus werden, dem House of Commons. Theresa Mays Regierung verfügt nur über eine knappe Mehrheit und ist von der Zustimmung der zehn erzkonservativen nordirischen DUP-Mandatare abhängig. Sollte Theresa May mit der EU einen gemeinsamen Nenner finden und einen sanften Brexit-Deal aushandeln, muss sie all jene, die einen harten Schnitt oder gar keinen Austritt wollen, davon überzeugen, dass sie trotzdem mit ihr stimmen. Denn scheitert der Deal, stürzt May, und Neuwahlen wären die Folge. Dann könnte der linke Labour-Chef Jeremy Corbyn als Regierungschef in Downing Street einziehen. Er ist selbst EU-Skeptiker und will den Brexit nicht stoppen. Eine andere Variante ist ein neues Referendum über den Brexit. Doch wer soll ein solches beschließen? Die Tories bestimmt nicht, und Labour-Chef Corbyn will auch keines.

29. März 2019 – B-DAY

Wenn es nach Theresa May geht und sie alle Hürden nehmen kann, dann sollte das Vereinigte Königreich tatsächlich zwei Jahre nach der Auslösung des Artikels 50 der EU-Verträge nach 46 Jahren Mitgliedschaft aus der Europäischen Union mit Ende



DER ÄRMELKANAL
Welche Art von Grenze wird hier ab 29. März 2019 verlaufen?

März 2019 austreten. Spüren wird man das erst einmal kaum. Denn die Briten sollten bis Ende März zwar einen Austrittsvertrag haben, aber die zukünftigen Beziehungen zur EU werden im Detail noch nicht fertig ausgehandelt sein. Deshalb soll es eine Übergangsphase geben, die bis Ende 2020 dauert. In diesen 21 Monaten bleiben die Briten de facto noch in Binnenmarkt und Zollunion, der freie Fluss von Waren, Menschen, Kapital und Diensten bleibt bestehen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaft genug Zeit hat, sich auf die Zeit danach einzustellen.

31. Dezember 2020 – BREXIT 2.0

Am Ende dieser Übergangsphase soll der Vertrag über die zukünftigen Beziehungen zwischen Briten und EU endgültig fertig sein. In Westminster heißt es, dass einige Brexit-Befürworter in Theresa Mays Kabinett ihrem weichen Kurs nur zugestimmt haben, um nach dem eigentlichen B-Day erst richtig loszulegen. Zunächst wollen sie Theresa May stürzen, dann deren sanften Brexit in einen harten verwandeln. Als Kandidaten für Mays Nachfolge in dieser Mission gelten Boris Johnson und Umweltminister Michael Gove.

1. Jänner 2023 – E-GRENZE ZU IRLAND

Die Befürworter eines harten Brexit waren bisher der Meinung, man müsse nicht in der Zollunion und im Binnenmarkt bleiben, um die friktionsfreie Grenze zwischen Irland und Nordirland zu schützen. Um Zollposten zu vermeiden, wollen sie elektronische Kontrollen einführen. Ein ähnliches Modell soll für alle britische Häfen gelten. Auf EU-Seite bezweifeln die Experten, dass sich Zollposten durch elektronische Kontrollen gänzlich vermeiden lassen werden. Doch selbst wenn es klappt, krankt der Plan daran, dass die Technologie für E-Checks noch nicht fertigentwickelt wurde. Sie wird erst in etwa vier Jahren einsetzbar sein. So lange müsste dann eigentlich auch die Übergangsphase dauern. Das hängt von den Verhandlungen nach dem eigentlichen Austritt ab.

31. Dezember 2064

Das britische Office of Budget Responsibility (Amt für Budget-Verantwortung) hat ausgerechnet, dass die Briten unter Umständen noch ein halbes Jahrhundert weitere Zahlungen an die EU leisten werden. Von den bis zu 44 Milliarden Euro, die Theresa May der EU als Abschlagszahlung im Dezember 2017 versprochen hat, gehen 17,5 Milliarden an EU-Programme, an denen Großbritannien bis Ende 2020 noch teilnehmen möchte. 22,3 Milliarden betragen die Verbindlichkeiten wie Kredite an die Ukraine und den Flüchtlingsfonds, die von den Briten mit unterzeichnet wurden. Knapp vier Milliarden kosten Pensionen für EU-Beamte – darunter auch viele Briten. Wenn all das abbezahlt ist, wird sich noch kaum jemand an das Brexit-Referendum erinnern können.



Buchautorin Tessa Szyszkowitz ist seit 2010 profil-Korrespondentin in London. „Echte Engländer“ ist ihr

EU-AUSTRITTS-PROPAGANDIST FARAGE, PREMIER MAY „Brexit heißt Brexit.“



Shakespeare'sche Hofnarren

Wie eine Gaukelei zum Brexit führte.

EX-AUSSENMINISTER JOHNSON Ein Mix aus Hofnarr und Machtpolitiker



igel Farage spricht gern über seine Anfänge als EU-Feind. „Es war der Maastricht-Vertrag 1992, danach hatte ich einfach genug von der Europäischen Union“, erzählt er bei einem Treffen mit internationalen Journalisten. Der Maastricht-Vertrag stellte die Weichen für die Währungsunion und den Euro und für weitere politische Integration – das war mehr, als Farage und, wie sich herausstellen sollte, viele Briten von Europa wollten.

Drei Jahre später wurde Farage für die europhobe Partei UKIP ins EU-Parlament gewählt. Der Anfang war hart, erzählt er: 1996 stand er im englischen Wiltshire in einem Veranstaltungsraum und blickte stumm um sich. Nicht ein einziger Zuhörer war erschienen, um seiner Brandrede zu lauschen.

Ab 2006 führte er die United Kingdom Independence Party, die eigens zu dem Zweck gegründet wurde, das Vereinigte Königreich aus der EU zu holen. Es schien ein lachhaftes Unterfangen zu sein.

Damals war mit Tony Blair der proeuropäischste Premierminister der britischen Geschichte im Amt. Labour-Chef Blair hatte in seiner Partei, in seinem Land und in der EU für die EU-Osterweiterung geworben. Blair hatte ein historisches Verständnis für die Bewältigung der europäischen Geschichte durch Einigung der Nationalstaaten. Doch mit Polens Aufnahme in die EU zogen auch viele polnische Arbeiter und Handwerker nach Großbritannien. 2004 kam eine Million Polen auf die britischen Inseln. Blair hatte auf Übergangsregelungen verzichtet. Dies stellte sich im Nachhinein als einer der großen politischen Fehler heraus, die Nigel Farage ungeahnte Popularität bescheren sollten.

In der Kampagne für das EU-Referendum im Frühling 2016 kam es zu dem Moment, bei dem Nigel Farage sein Talent als Showman und Agitator wie nie zuvor unter Beweis stellte. Er posierte vor einem Poster mit der Aufschrift „Breaking Point“ (auf Deutsch etwa: Die Belastungsgrenze ist erreicht). Auf dem Foto war ein Strom syrischer Flüchtlinge abgebildet. „Die Brexit-Befürworter vermischten EU-Zuwanderer absichtlich mit Flüchtlingen“, kritisiert Ex-Premier Tony Blair. „Deshalb hat Nigel Farage sich vor dem Referendum vor einem syrischen Flüchtlingsstrom ablichten lassen und nicht vor europäischen Einwanderern.“ Nigel Farage hat sich nie für sein irreführendes und xenophobes

„Das Referendum wurde nicht angesetzt, um das Volk zu befragen, sondern als politische Finte.“

bes Plakat entschuldigt. Er hat damit ja genau das erreicht, was er immer wollte: Großbritannien aus der EU zu führen.

Die Entscheidung über den Austritt aus der EU wurde in einer Volksabstimmung am 23. Juni 2016 gefällt. Das Referendum selbst wurde nicht angesetzt, um das Volk zu befragen, sondern als politische Finte. David Cameron wollte seine rebellierenden EU-Skeptiker in der Tory-Partei unter Kontrolle bringen. Die Mehrheit, die dann gegen den Verbleib in der EU stimmte, war mit 51,9 Prozent zu 48,1 nicht groß. Und die Volksabstimmung war an sich nicht einmal bindend.

Nach dem Rücktritt des glücklosen David Cameron ergratete Theresa May den Posten der Premierministerin, weil sich die aussichtsreichsten Kandidaten Michael Gove und Boris Johnson gegenseitig in den Rücken fielen wie Neidhummel in Panik. Um ihre Position zu festigen, konvertierte Theresa May am ersten Tag von einer moderaten Proeuropäerin zu einer harten EU-Feindin und verkündete: „Brexit heißt Brexit.“

Das gefiel Nigel Farage ausnehmend gut. Im Herbst nach dem Referendum traf ich ihn bei einer Buchpräsentation. Farage strahlte. Er war so glücklich, wie man es nur sein kann, wenn man sein Lebensziel erreicht hat: „Sie können sich nicht vorstellen, wie herrlich es ist, dass wir jetzt auf unseren Unabhängigkeitstag zusteuern!“ Die Kameras waren ausgeschaltet, er war nicht mehr angriffig, eher der Typ leutseliger Trinkkumpan. Im Zuge der Unterhaltung sagte er auch so nebenbei: „Wir werden endlich aus der EU austreten und dann über die nächsten Jahre den Mist rauswerfen.“ Meinte er damit EU-Regeln, die ihm nicht behagten? Oder Ausländer, die ihm nicht passten? Farage definiert die Dinge oft nicht ganz genau. Seine Fans verstehen ihn auch so ganz gut.

Farage ist die grobe Variante eines Populisten, des kleinen Engländers mit schlecht sitzendem Anzug, wüsten Farbkombinationen von Krawatte und Hemd und dem Charme eines ehemaligen City-Bankers, der gern in englischen Pubs mit einem *pint of Lager* in der Hand gegen die EU-Bonzen wettet – während er ganz gut von dem Gehalt lebt, das er als Abgeordneter im Europäischen Parlament erhält.

Der andere Gaukler und Blender, der Britanniens Politik auf den Kopf gestellt hat, ist Boris Johnson. Alexander Boris de Pfeffel Johnson ist ein Großbürgersohn, aber in gewisser Hinsicht ein verlorener – ein Rebell in einer Familie von politisch aufgeschlossenen Tories. Er ist jene Art von Engländer, dessen Hemd oft hinten aus der Hose hängt, als würde er signalisieren wollen, dass Formalitäten angesichts der gewaltigen geistigen Aufgaben nicht wichtig seien. Es erinnert ein wenig an die abgewetzten Sesselbezüge im altenglischen Gentlemen's Club „The Garrick“ in Soho. Hier sind Frauen immer noch nicht zugelassen – es sei denn als Gäste.

Leisten könnte sich der ehrwürdige „Garrick“-Club neue Armsesselbezüge durchaus. Warum also das nachlässige Image? Unbewusst wird hier der Kontrast gesetzt zwischen den abgenutzten Fauteuils und der edlen Kunstsammlung, die seit 1831 von den Mitgliedern zusammengetragen wurde. Eine bebilderte Prioritätenliste gewissermaßen, ein

Selbstbild, das sagen will: Wer hat schon Zeit für neue Sesselbezüge, wenn es um die große Kunst geht? Aus dieser tiefsten englischen Tradition kommt auch Boris Johnson, wobei sich bei ihm der elitäre Schlendrian mit dem Bedürfnis mischt, das ewige Enfant terrible spielen zu wollen. Dieser Mix aus Hofnarr und Machtpolitiker, der jenseits der ernsten Zoten in einem Shakespeare-Drama auftreten könnte, hat für ihn bisher gut funktioniert.

Der ehemalige Journalist wird seit Jahren als eine der Hoffnungen der Tory-Partei gehandelt. Eigentlich ist jetzt seine Stunde gekommen. Schon als Korrespondent für den „Daily Telegraph“ in Brüssel präsentierte Johnson sich als EU-Skeptiker, der für eine Pointe auch gern mal die Wahrheit opferte.

Man sagt, er sei bis zu der Nacht vom 21. Februar 2016 – drei Monate vor dem Referendum – nicht sicher gewesen, ob er sich für oder gegen den EU-Austritt aussprechen sollte. Er schrieb zwei Kolumnen für den „Daily Telegraph“ zum Thema und schickte dann jene ab, die ihm besser erschienen. Wer beide liest (sie sind in „All Out War“, einem erhellenden Buch des „Sunday-Times“-Journalisten Tim Shipman abgedruckt), merkt schnell: Boris Johnson kann die EU nicht ausstehen. Seiner *Remain*-Argumentation fehlt es an Leidenschaft, in der *Leave*-Kolumne dagegen kann man förmlich fühlen, wie ihm das Vergnügen aus der Feder spritzt: „Wir haben uns so an unsere Nanny in Brüssel gewöhnt, dass wir infantilisiert wurden, unfähig, uns eine unabhängige Zukunft vorzustellen. Wir haben das größte Empire der Welt regiert ... sind wir jetzt wirklich nicht in der Lage, eigene Handelsabkommen zu schließen?“ Gezögert hatte Johnson wohl nur, offen Farbe zu bekennen, weil ihm lange nicht klar war, welche politische Position für ihn profitabler sein würde.

Nachdem seine Mitstreiter David Cameron, George Osborne und die an sich eher EU-skeptische Theresa May sich für den Verbleib ausgesprochen hatten, war für ihn klar, dass er auf der Remain-Seite keine herausragende Position mehr einnehmen konnte. Der Austrittsflügel dagegen brauchte noch eine Galionsfigur.

Der britische Schriftsteller Tom McCarthy verweist in einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auf die Aktualität des „Hamlet“ heute und seine Parallelen zu den politischen Führern der Gegenwart: „Dieses politische aller Theaterstücke entwirft eine Situation, in der ein vormals reiches und mächtiges Land infolge eines von internen Machtkämpfen der politischen Klasse ausgelösten Coups mit seinen Nachbarn über genau jene Handels- und Grenzprivilegien verhandeln muss, die es gerade über Bord geworfen hat. Der Nutznießer des Coups, der alles an sich reißende Mörder Claudius, gibt sich große Mühe, seinen Griff nach der Macht als legitimen und demokratischen Vorgang darzustellen, indem er sein Publikum bei Hof rühmt: „Haben auch hierin / Nicht eurer bessern Weisheit widerstrebt, / Die frei uns beigestimmt“ – ganz so, wie die Strippenzieher des Brexits ihren Griff nach der Macht als Volkswillen darstellten.“

Schubumkehr

Ist ein zweites Referendum eine Lösung?

Sagen die Briten den EU-Austritt vielleicht doch wieder ab? Diese Frage hört man in Wien oft, während in London das Ergebnis des EU-Referendums von Tag eins an als praktisch unumstößlich galt. Das liegt nicht nur daran, dass es in Großbritannien selten Volksabstimmungen gibt und man deshalb den Willen des Volkes nicht infrage zu stellen wagt. Dazu kommt: Die Briten sind in der EU-Frage ungefähr zur Hälfte in *Leavers* (Austreter) und *Remainers* (Verbleiber) gespalten. Die *Remainers* aber sind oft nicht so leidenschaftlich wie die *Leavers*. Eine Umkehrung des Votums ist von Anfang an kaum denkbar gewesen, dazu fehlte ein proeuropäisches Narrativ – und eine starke politische Persönlichkeit, die dafür gekämpft hätte.

Auf ein zweites Referendum hoffen zwar viele, die mit zunehmender Verzweiflung zusehen, wie ihr Land in einen Brexit stolpert, der ihm Schaden wird. Die Referendumsfrage hieß: „Wollen Sie in der EU bleiben oder wollen Sie austreten?“ Sollte das Volk deshalb nicht doch die Chance haben, noch einmal über den Austrittsvertrag abzustimmen? Weder die konservative Regierung noch die oppositionelle Labour Party befürworten eine zweite Volksabstimmung. „Dabei wäre der Vorteil eines zweiten Referendums für alle, dass sie den Leuten die Entscheidung überlassen könnten“, meint Lord Andrew Adonis.

Adonis ist ein Labour-Zentrist, der die zögerliche Haltung von Jeremy Corbyn (dem Parteichef von Labour, Anm.) verabscheut. Adonis steht hinter einer Kampagne von jungen Briten für eine Schubumkehr: „Wir Jungen haben Jeremy Corbyn an die Macht gebracht. Er muss uns jetzt helfen, den Brexit wieder abzusagen!“, fordert Lara Spirit. Die junge Engländerin studiert in Cambridge und hat OFOC mitgegründet: Our Future Our Choice fordert ein zweites Referendum. „Wir müssen schließlich damit nicht nur ein paar Jahre leben“, sagt sie, „sondern für die nächsten Jahrzehnte!“

Trotz des energischen Einsatzes von Lara Spirit und Gleichgesinnten kommt Britannien dem EU-Austritt immer näher. Die spinnen, die Briten, heißt es dann meist aufseiten der ratlosen Europäer: Das wird die Briten doch nach den meisten Studien mehr kosten, als es bringen kann. Wer dreht schon dem größten Handelsmarkt direkt vor der Haustür freiwillig den Rücken zu?

Großbritannien ist heute Mitglied des europäischen Binnenmarkts und der Zollunion; das Land hat es aber abgelehnt, den Euro als Währung einzuführen und sich in die

passfreie Schengenzone zu begeben. Eine zukünftige Beziehung zur EU, wie sie entweder Norwegen als Mitglied des Binnenmarktes oder Kanada mit einem Freihandelsabkommen haben, oder gar kein Abkommen – alle drei Modelle kosten mehr als die EU-Mitgliedschaft heute. Das wirtschaftlich am wenigsten schädliche Modell wäre ein Verbleib im Binnenmarkt und in der Zollunion gewesen. Dies hat Theresa May von Anfang an abgelehnt, weil ihr Land dann keine eigenen Handelsabkommen abschließen könnte. Mit Mühe schwor sie ihr zerstrittenes Kabinett im Juli 2018 darauf ein, sie in den Verhandlungen mit Brüssel für ein Freihandelsabkommen mit einem Common Rule Book zu unterstützen. Dies bedeutete einen Verbleib des Vereinigten Königreichs im Binnenmarkt nur für Güter und nicht für Personen, Kapital und Dienste. Die EU wird das kaum akzeptieren. Die Verhandlungen im Herbst werden hart. In



AM 31. AUGUST IST LOTTERIEN TAG IN SCHÖNBRUNN MIT DEM LOS GRATIS IN DEN ZOO

FLUSSPFERDE, PINGUINE UND VIELE ANDERE EXOTISCHE TIERE BEOBACHTEN

Den ältesten noch bestehenden Zoo der Welt und gleichzeitig beliebtesten Europas zum Nulltarif besuchen – dieses Privileg genießen Spielteilnehmer der Österreichischen Lotterien am Freitag, den 31. August 2018. Wer an diesem Lotterien Tag ab 9 Uhr mit einem Produkt der Österreichischen Lotterien, also beispielsweise mit einer Lotto-, EuroMillionen-, Toto- oder Bingo-Quittung, aber auch mit einem Brief- oder Rubbellos, zu einem der drei Eingänge des Tiergartens kommt, erhält freien Eintritt.

Der Spielschein muss dabei nicht aus einer aktuellen Runde bzw. Los-Serie sein. Der Erlös des Lotterien Tages kommt der Neugestaltung des Badebeckens in der Flusspferde-Anlage zugute. Diese wurde heuer eröffnet. Es ist eine naturnahe Wasserlandschaft, die mehr als doppelt so groß ist wie das alte Beton-Badebecken.



Foto: Daniel Zupanc/Tiergarten Schönbrunn

„Ach, das mit den Grenzen wird schon irgendwie gehen. Hauptsache, wir sind Brüssel los.“

Brüssel und London ist die Angst vor einem Zusammenbruch der Verhandlungen gestiegen. Man sprach Ende Juli 2018 von 40 Prozent Chance für ein No-Deal-Szenario.

Nach den Berechnungen von Mays eigenen Beamten wird jeder Brexit kostspielig. Norwegen ist im Binnenmarkt, aber nicht in der Zollunion – selbst diese sehr enge Beziehung zur EU würde die britische Wirtschaft immer noch zwei Prozent des nationalen Einkommens oder 40 Milliarden pro Jahr kosten. Wenn es ein Freihandelsabkommen zu spezifischen britischen Bedingungen gäbe, rechnet die jetzige Regierung mit Einbußen um die fünf Prozent. Ein Exit ohne Deal käme auf glatt acht Prozent des Bruttonationalprodukts. Nach einer Studie von Global Future sind alle von der Regierung angedachten Szenarien teurer als der Status quo.

Der wirtschaftliche Schaden ist die eine Sache. Die andere aber ist der politische Preis, den die Briten für den Brexit zahlen werden. Sie werden nicht mehr mit am Tisch sitzen, wenn die EU sich neue Regeln, Aufgaben, Pflichten und Verantwortlichkeiten gibt. Bisher hatten die Briten die Chance, die EU in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Doch genau da liegt der Hund begraben: Vielen *Brexiters* ist es nicht so wichtig, dass ihnen ihre neu gefundene Souveränität ökonomische und politische Nachteile bringt. Als im Juni 2018 die entnervten Vertreter der britischen Industrie die Premierministerin eindringlich baten, doch endlich eine britische Verhandlungsposition zu präsentieren, die für die Geschäftswelt keinen allzu großen Schaden bedeuten würde, beschied Boris Johnson sie mit einem knappen Ausdruck, für dessen Grobheit man sich bei den Lesern schon vorher entschuldigen muss. Britanniens damaliger Außenminister sagte: „Fuck business.“

Das ist die Wahrheit über die europahobe Fraktion im Land: Egal, was es sie kosten wird, sie wollen den Austritt aus der EU erzwingen. Sie wünschen sich in die Zeiten der „Splendid Isolation“ zurück. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Briten nach dieser Maxime ganz gut gelebt: Keine zu engen Allianzen – die globale Handelsmacht wollte nur als Schiedsrichter in Konflikte eingreifen. Diese prächtige Isolation endete mit dem 20. Jahrhundert. Engere Allianzen wurden schon vor dem Ersten Weltkrieg wichtig. Mit dem Ende des Empires verloren die Briten zudem ihre lukrativen Kolonien und brauchten neue Wirtschaftspartner. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus den bilateralen Verbindungen ein multinationales Projekt, das schließlich als Europäische Union in die Geschichte eingegangen ist – das erfolgreichste Projekt zur Schaffung von Frieden und Stabilität in der Geschichte Europas.

Den Briten ist dies ob der geografischen Lage nicht so bewusst. Die knappe Mehrheit

der Nation ist auf ihren Urinstinkt zurückgefallen: Sie verbeugen sich grundsätzlich nicht gern vor einem ausländischen Souverän. Und unglücklicherweise hat sich im Kopf vieler Briten festgesetzt, dass Brüssel eine übergeordnete Stelle ist – und nicht die gesammelte Macht aller Mitgliedsstaaten.

Hinzu kommt, dass der Brexit auch als Ohrfeige für die Eliten gesehen werden muss. Brüssel hat stellvertretend für London einen Schlag ins Gesicht bekommen. Das Austrittsvotum war auch der Aufstand der englischen Kleinbürger gegen das globalistische London und eine Regierung von wohlhabenden Tories, die dem Land einen Sparkurs verschrieben, während sie selbst mit dem Silberlöffelchen im Mund aufgewachsen waren. „Setze nie eine Volksabstimmung an, wenn die realen Löhne schrumpfen“, bringt es Frances O’Grady auf einen sehr einfachen Punkt.

O’Grady ist seit 2013 Chefin der Gewerkschaft Trade Union Congress, die erste Frau in dieser Position. Die Gewerkschaftsvorsitzende ist Labour-Mitglied und überzeugte Proeuropäerin. Mit großer Finesse vermittelt sie zwischen den Mitgliedern der Gewerkschaft, ihrer eigenen Parteiführung und der konservativen Regierung, um ihre Interessen zu wahren: mehr soziale Gerechtigkeit, keine weitere Privatisierung, Erhalt des nationalen Gesundheitssystems NHS.

Ihr graut, wenn sie an die Folgen des EU-Austritts für ihre Klientel denkt. Allerdings gilt auch hier: Viele Gewerkschaftsmitglieder sind bereit, finanzielle Einbußen zu akzeptieren, solange der Austritt nur stattfindet. Die meisten verstecken sich auch zwei Jahre nach dem Votum immer noch hinter der defensiven Haltung, das Wichtigste sei für die Menschen in England die Befreiung von den Brüsseler Ketten.

Das Missverständnis gegenüber den EU-Strukturen ortet Tim Stanley, ein Kolumnist des europakritischen „Daily Telegraph“, in den lokalen Gebräuchen: „Britannien orientiert sich an Zöllen, die EU aber basiert auf Regeln“, meint er. Stanley selbst hat mit großer Begeisterung für *Leave* gestimmt. Die Verhandlungen zwischen Briten und EU haben seine Meinung nur verfestigt: „Die Unterschiede zwischen uns werden doch immer deutlicher“, meint er: „Wir Briten denken uns heute: Ach, das mit den Grenzen wird schon irgendwie gehen. Hauptsache, wir sind Brüssel los.“

Stanley wurde 1982 geboren. Der junge Engländer aus Kent studierte in Oxford, ist Amerika-Experte und sprüht vor Energie und Witz. Er kann Donald Trump ungemein gut parodieren. Ursprünglich unterstützte

Tim Labour, heute wählt er konservativ. Leute wie er sind das Rückgrat von Brexitannien. Auch wenn die Jungen im Allgemeinen viel proeuropäischer sind als die Alten, so gibt es eben auch richtig leidenschaftliche Brüssel-Feinde unter den Jungen. Und sie haben einen langen Atem. n

